

GÖTTINGER BLÄTTER

06.2017

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Wer oder was ist der „Mittelstand“?

Nichts ist geeigneter, Verwirrung zu stiften, als das Wort „Mittelstand“. Menschen werden davon abgebracht, ihr eigenes politisches Interesse zu verfolgen. Warum?

An sich ist der Begriff „Mittelstand“ schon enorm schwammig und unbestimmt (dazu weiter unten mehr). In Talkshows, in politischen Erklärungen und Fensterreden wird zu allem Überfluss auch noch „Mittelstand“ und „Mittelschicht“ ganz beliebig durcheinander gewirbelt, als wenn es gar keinen Unterschied zwischen beiden gäbe. Mittelstand hat aber soviel mit Mittelschicht zu tun wie ein Auto mit der Monatsmiete einer Einzimmerwohnung: Es sind schlicht und einfach vollkommen unterschiedliche Begriffe.

„Mittelschicht“ meint eine Einkommenschicht als Teil der Gesamtbevölkerung, also einen mittleren Teil der Einkommensbezieher. Alle Personen, die zwischen 70 und 150 Prozent des „Medianeinkommens“ beziehen, gehören laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (diw) zur Mittelschicht. Medianeinkommen? Die gesamte Bevölkerung, angefangen bei der ärmsten Person, aufsteigend bis zur reichsten, wird wie an einer Perlenschnur aufgereiht betrachtet: Das Einkommen der Person, die ganz genau in der Mitte dieser Reihe steht, ist das „Medianeinkommen“. Also gehören nach der Definition des diw alle, die als Alleinstehende mindestens 70 und höchstens 150 Prozent dieses Einkommens beziehen, zur Mittelschicht. Im Jahr 2010 waren das laut diw alle al-

leinstehenden Menschen mit Einkommen zwischen 1.070 und 2.350 Euro pro Monat. Für Familien gibt es entsprechende Umrechnungsfaktoren. Wenn jemand zur Mittelschicht gehört, dann weiß man also, in welchem Einkommensbereich diese Person sich ungefähr befindet.

Und der „Mittelstand“? Mittelstand meint private Unternehmen, vom Soloselbstständigen, der oft nur, wenn er Glück hat, gerade seinen Lebensunterhalt bestreiten kann, bis hin zu einer Betriebsgröße von 500 (!) Beschäftigten und bis zu einem Jahresumsatz von 50 Mio Euro. Und das ist noch eine recht konservative Beschreibung! Das Institut für Mittelstandsforschung (IfM Bonn, www.ifm-bonn.org) nimmt eine noch deutlich offenere Definition vor: „In einem mittelständischen Unternehmen halten

- ➔ bis zu zwei natürliche Personen oder ihre Familienangehörigen (direkt oder indirekt) mindestens 50 % der Anteile eines Unternehmens,
- ➔ diese natürlichen Personen gehören der Geschäftsführung an.

Die Begriffe Mittelstand, Familienunternehmen, Eigentümerunternehmen und familiengeführte Unternehmen sind nach Definition des IfM Bonn als Synonyme anzusehen.“

Man kann sich leicht ausmalen, in welchem gestreckten Einkommensbereich die Unternehmensbesitzer von einer Göttinger Änderungsschneiderei

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Was ist der Mittelstand?	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreistagsinfo	7
Die LINKE. Kreisverband	8
DIE LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Forts. „Abschiebungen ...“	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 07.2017
ist der 16. Juni.
Auslieferung am 29. Juni.

mit 2 Personen bis zu Familienunternehmen ohne Größenbeschränkung sich bewegen.

Sehen wir uns nun die politische Praxis an. Regelmäßig, wenn über politische Weichenstellungen für die Krankenversicherung diskutiert wird oder auch über Steuerkonzepte und die Frage, wie hoch die Steuern bei welchem Einkommen sein dürften, heißt es: „Wir müssen aber auch an den Mittelstand denken! An diejenigen, die mit ihrer Arbeit den Laden am Laufen halten!“

(...) Fortsetzung auf Seite 12





Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

▶ Lidice bleibt ein Mahnmal

Vor 75 Jahren wurde der Ort durch Wehrmacht und SS zerstört

von Ulrich Schneider

Lidice, der Name dieses Ortes ist in aller Welt ein Begriff für die deutsche faschistische Barbarei gegen das tschechische Volk. Ein kleiner Arbeiterwohnort nahe Prag wurde am 9./10. Juni 1942 zum Objekt der Rache des Okkupationsregimes. Nach dem erfolgreichen Attentat gegen SS-Obergruppenführer und General der Polizei, Reinhard Heydrich, den man im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren nur »den Henker« nannte, wurde in Berlin für den Ort Lidice folgende »Sühnemaßnahme« beschlossen:

1. Alle männlichen Erwachsenen sind zu erschießen,
2. alle Frauen sind in ein Konzentrationslager zu überführen,
3. die Kinder zu sammeln und, soweit »eindeutschungsfähig«, an SS-Familien ins Reich zu geben. Der Rest soll einer anderen Erziehung zugeführt werden.
4. Die Ortschaft ist niederzubrennen und dem Erdboden gleichzumachen. Begründet wurde diese verbrecherische Anweisung mit der Behauptung, die Attentäter hätten Unterstützer in dieser Ortschaft gehabt. SS-, Schutzpolizei und Wehrmachtseinheiten begingen das Verbrechen gemeinsam. 173 Männer wurden erschossen, 198 Frauen und 98 Kinder wurden deportiert. Die 93 Häuser niedergebrannt, nachdem zuvor die bewegliche Habe und das Vieh zu Gunsten des Deutschen Reichs geraubt worden waren. Bürokratisch korrekt wurden alle Maßnahmen der Vernichtung abgerechnet. Eine Ortschaft mit dem Namen Lidice sollte nicht mehr existieren. Die Nachricht von diesem Massaker verbreitete sich in aller Welt. Spontan beschlossen Orte in den USA, selbst auf Kuba und in Brasilien, sich in Lidice umzubenennen. US-Präsident Franklin D. Roosevelt erklärte: »Der Name der Stadt Lidice wird eine immerwährende Erinnerung für uns sein, dass die Gewalt der Nazis weder die Liebe zur Freiheit noch den Mut, sie zu verteidigen, zerstören kann.« Diese Worte schickte er an die Gemeinde Stern Parks Garden

(Illinois) anlässlich deren Umbenennung. Künstler und Schriftsteller – insbesondere aus dem deutschsprachigen Exil – nahmen sich des Themas an. Thomas und Heinrich Mann, Hans Marchwiza, Alfred Kantorowitz und viele andere beschrieben ihre Reaktionen in Erzählungen, Essays oder Theaterstücken. Bertolt Brecht, Hans Eisler und Fritz Lang realisierten gemeinsam den Film »Hangmen Also Die« über das Attentat auf Heydrich. Sehr früh entwickelte sich eine internationale Bewegung »Lidice shall live«, die einerseits die Erinnerung an dieses Verbrechen lebendig halten und andererseits sich für den Wiederaufbau der Gemeinde nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus einsetzen wollte. Eine der wohl emotionalsten Veranstaltungen war die Lidice-Versammlung am 12. März 1944 in der zerstörten Kathedrale von Coventry, einer Stadt, die zum Synonym für deutsche Luftangriffe auf Städte und Zivilbevölkerung wurde (»coventryisieren«). Auch die britische Gewerkschaftsbewegung sammelte Geld, das 1947 von schottischen Bergarbeitern zum Wiederaufbau der Gemeinde übergeben wurde. So entstand Anfang der 50er Jahre am Rande des historischen

Areals das neue Dorf Lidice. Als Ort der Erinnerung wurde 1955 ein Rosengarten angelegt, der bis heute existiert. Die Erinnerung an diesem Ort wurde vielfach durch politische Entwicklungen überlagert. Die CSSR pflegte das Gedenken, hatte jedoch Probleme, die Ende der 60er Jahre international gesammelten Kunstwerke »pro Lidice« wegen unterschiedlicher Kunstauffassungen angemessen zu würdigen. Als sich eine Öffnung andeutete, wurde diese durch die politische Wende 1989/90 blockiert, da die neue Regierung kein Interesse an der Bewahrung dieses Erinnerungsortes zeigte. Es dauerte fast zehn Jahre, bis durch den deutsch-tschechischen Zukunftsfond Mittel zum Neubau einer Begegnungsstätte und zur Neugestaltung der musealen und pädagogischen Bereiche bereitgestellt wurden. Seit einigen Jahren wird die Gedenkstätte als Teil des tschechischen Kulturministeriums wieder angemessen ausgestattet. Zusätzlich haben Spenden und Fördermittel dazu beigetragen, dass beispielsweise die eindrucksvolle Skulptur von Marie Uchytilova für die Kinder von Lidice fertig gestellt werden konnte. Die Delegierten des FIR-Kongresses konnten sich im November 2016 von dem guten Zustand des Gedenkortes überzeugen. Für 2017 ist angesichts des 75. Jahrestages ein großes internationales Treffen geplant, an dem auch Lidice-Initiativen aus verschiedenen europäischen Ländern, u.a. aus Bremen und Berlin erwartet werden. Auch die FIR wird mit einer Abordnung vertreten sein.

Neue Ausstellung der VVN-BdA:

„Der Arm der Bewegung: Die ‚Alternative für Deutschland‘“

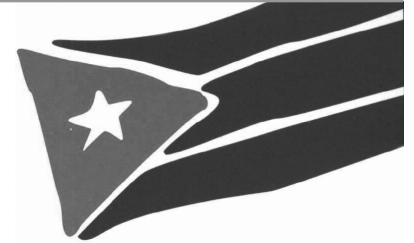
Die Ausstellung (11 Roll-Ups im Format 85 cm x 200 cm) kann über das VVN-BdA Bundesbüro (bundesbuero@vvn-bda.de, Tel.: 030-5557-9083-2) ausgeliehen werden. Die Ausleiher tragen die Versandkosten (DHL); ein finanzieller Beitrag zur Refinanzierung der Ausstellung wird erbeten.

Vorschau und Material zur Ausstellung im Internet:

1. Ausstellung als Gesamt-pdf:
http://www.vvn-bda.de/wp-content/uploads/2017/05/AfD-Ausstellung_kl_WEB.pdf
2. Flyer zur Ausstellung:
http://www.vvn-bda.de/wp-content/uploads/2017/05/W_Falzflyer_VVN-BdA_Ausstellung.pdf
3. Katalog zur Ausstellung:
http://www.vvn-bda.de/wp-content/uploads/2017/05/W_Brosch_VVN-BdA_Ausstellung_0517.pdf

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



Mitgliederversammlung
Dienstag, den 13. Juni, 20:00 im Berliner Hof

▶ **Kuba, das nachhaltigste Land der Welt, macht es vor:**

Städtische Landwirtschaft zur Steigerung der Lebensmittelproduktion

Diesen Artikel übernehmen wir - leicht gekürzt – von der Seite <https://netzfrauen.org/2017/04/30/51891/>

Kuba ist das nachhaltigste Land auf dem Planeten und Kuba ist ein Modell der nachhaltigen Landwirtschaft auf dem Weg zur globalen Ernährungssicherheit. Bis 2019 erwarten Beamte die Produktion von etwa 1,2 Millionen Tonnen von biologischem Obst und Gemüse – auf städtischen Farmen mit insgesamt 10.000 Hektar in ganz Kuba. ...

Obwohl die Entwicklung auf die Notwendigkeit zurückzuführen ist, ist die städtische Landwirtschaft Kubas zu einem Vorbild für den Rest der Entwicklungsländer geworden.

Der Beweis für den Erfolg der Insel in der Nachhaltigkeit unterstreicht das Potenzial der städtischen Landwirtschaft oder der „städtischen Agrarökologie“ als eine Art der Nahrungsmittelproduktion für nachhaltige Megastädte und sogar kleinere Städte auf der ganzen Welt. Städte sind in der Regel von Einfuhren aus ländlichen Gebieten für ihre Versorgung mit Wasser, Energie oder Lebensmittel abhängig. So sind Stadtbewohner in der Regel anfälliger für unvorhersehbare Veränderungen wie eine nationale Nahrungsmittelkrise. Daher kann die Nahrungsmittelproduktion innerhalb einer Stadt die Abhängigkeit von externen Ressourcen

verringern. Nachhaltige Landwirtschaft fördert auch die Besserung der menschlichen Gesundheit und fördert den Verbrauch von frischem Obst und Gemüse.

Agrarökologie und nachhaltige Landwirtschaft könnten eine Lösung für Hunger und Ernährungssicherheit sein, und es ist auch ein belastbares System der Nahrungsmittelproduktion.

Dass auch China Interesse an diesem System hat, zeigt die Veröffentlichung über Kuba Xinhua, die Nachrichtenagentur der Regierung der Volksrepublik China, die wir für Sie übersetzt haben. ...

▶ Kuba wirbt für städtische Landwirtschaft zur Steigerung der Lebensmittelproduktion

(Xinhua) – Nicht weit von Havannas symbolträchtigem Platz der Revolution entfernt lädt ein grüner Landfleck zu einem Rückzug aus der einförmigen Skyline und dem Trubel von Kubas Hauptstadt ein.

Was aber wichtiger ist: Dieses Fleckchen Land bietet eine Auswahl an frischem Obst und Gemüse rund um das Jahr an.

Diese städtische Farm baut wie viele andere ihrer Art Blattgemüse wie Kohl, Salat, Mangold und gelegentlich Rucola an und sorgt auf diese Weise für frisches Gemüse auf den heimischen Esstischen.

Vor drei Jahrzehnten startete die Regierung ein Programm, das dankenswerterweise viele städtische Farmen entstehen ließ, die heute mehr als eine Million Tonnen biodynamisch erzeugter Früchte erzeugen.

Das Programm wurde auf das ganze Land ausgedehnt und ist in fast allen größeren Städten präsent. In den frühen 1990er-Jahren, nach dem Zusammenbruch

der Sowjetunion, die bis dahin Kubas wichtigster politischer und wirtschaftlich Verbündeter gewesen war, wurde es verstärkt.

„Die Erzeugnisse wandern praktisch direkt von der Anbaufläche auf unsere Teller“, sagt die 70-jährige Rentnerin Francisca Lopez, die „wenigstens einmal in der Woche“ die Stadtfarm besucht, die in der Nähe ihres Hauses in einem dicht bevölkerten Stadtteil Havannas liegt. Sie sei eine gute Bezugsquelle für Gemüse, das eine Ergänzung zum typischen kubanischen Gericht aus Reis, Bohnen und Schweinefleisch biete.

Laut Nelson Campanioni, dem leitenden Direktor des Programms, plant die Regierung, bis 2020 mehr als 96 Millionen \$ zu investieren, um die städtischen Farmen auszuweiten. „Die Investition wird bereitgestellt für die Entwicklung der Bewässerung, die Produktion von Saatgut, organischem Dünger, agro-ökologisches Management

und den Gebrauch erneuerbarer Energien – neben anderen Aspekten“, so Campanioni kürzlich auf einem Kongress über Landwirtschaft im städtischen, vorstädtischen und familiären Bereich in Havanna.

Die Steigerung und die Differenzierung (Diversifizierung) der Lebensmittelerzeugung in Kuba bedeute eine Herausforderung angesichts sich ändernder klimatischer Bedingungen wie schwere Dürre, die gerade die Insel heimsuche, sagt er. Ein Teil des Programms bestehe darin, die Bewohner darin auszubilden „biodynamisches Gemüse und Obst anzubauen“, wozu auch eine regionale Herstellung von Saatgut, von organischem Dünger, von handwerklichen Hilfsmitteln, biologische Kontrolle und andere Faktoren gehören.

Alina Beltran, Entwicklungsleiterin der Landwirtschaftsgruppe Kubas, sagt, das Programm habe im vergangenen Jahr 70 Prozent des benötigten Salat-Saatguts selbst produziert, 80 Prozent des China-kohl-Saatguts und 40 Prozent der Radieschen- und Rettichsaaten.

(...) Fortsetzung auf Seite 5

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

Unsere Forderungen an eine menschengerechte Wohnungspolitik in Göttingen:

▶ 6000 soziale Wohnungen, Schließung der Siekhöhe

Die Zahl der Menschen, die auf ihrer Flucht aus ihrer ausgebombten Heimat Deutschland noch erreichen, sinkt. Wir wollen diese, bei etwas Nachdenken und Empathie sehr unerfreuliche Statistik hier unkommentiert stehen lassen und uns nur mit den Auswirkungen auf Göttingen befassen. Hier steht nämlich auf einmal Wohnraum leer! Die Stadt will nun Flüchtlingsheime schließen, aber ausgerechnet das teuerste und inhumanste Lager (anders kann man es nicht nennen) behalten: Die Industriehalle an der Siekhöhe, fernab vom ÖPNV, von anderen Wohngebieten und erfreulich und praktisch nahe an der Autobahn Richtung Frankfurter Flughafen gelegen. Kein Gedanke an das eigene „Integrationskonzept“ (oder das des Landkreises), das eine dezentrale Unterbringung vorsah. Der lange Mietvertrag zwingt die Stadt, dieses Gebäude weiter zu halten (für was auch immer) – eine Fehleinschätzung unserer Verwaltung, die jetzt nicht sie ausbaden muss.

In schöner Tradition des Gegen-einander ausspielens sollen die frei-werdenen Wohnungen vermutlich die dringliche Situation auf dem Wohnungsmarkt lindern, denn lt. Tageblatt

und der Grünen fehlen in Göttingen mittelfristig 6000 Wohnungen. Lukrativ für Vermieter. Bereits in den Göttinger Blättern vom Januar 16 hatten wir über eine Studie der Uni Göttingen berichtet, die die Preisexplosion der Mieten beschreibt – so lagen wir 2015 mit einem Quadratmeterpreis von €9,32 nur drei Cent weniger hinter Hannover auf Platz 2! Die Situation dürfte sich kaum gebessert haben.

Besteht Hoffnung? Die SPD legt ein „revolutionäres Konzept“ (HNA) vor, das „Bündnis für Wohnen“. Im Bündnis sollen die Wohnungsbaugesellschaften (Genossenschaft, Volksheimstätte, städtische Wohnungsbau) pro Jahr 4 Gebiete für den Bau neuer Wohnungen ausweisen, so dass bis 2021 jährlich 200 neue Wohneinheiten entstehen sollen. Unterliegt die Hälfte der Sozialpreisbindung, gibt es Zuschüsse. Klingt so lange gut, bis man das rechnen anfängt und auf 1000 Wohnungen kommt, was (siehe oben) nicht einmal in Ansätzen reicht. Hier müßte eigentlich richtig Geld in die Hand genommen werden, wie man es bei UMG (Land Niedersachsen) und Stadthalle (Göttingen) ja auch schafft. Die Genossen verweisen dann aber auf die spärlichen Mittel aus Bund

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 06. Juni, 20:00 Uhr

Arbeitsplan für den Bundestagswahlkampf der DKP (Referent: Simon)

MV Dienstag, 20. Juni, 20:00 Uhr

Arbeiterklasse und die Flüchtlingsfrage (Referent: Toto Lyna)

Die DKP-Treffen finden jetzt jeden ersten und dritten Dienstag im Monat statt (ggf. auch den fünften).

Ankündigung:

Zur Bundestagswahl: Arbeitstreffen der Wahlkampfaktiven an jedem zweiten Dienstag im Monat **um 20 Uhr im RotenZentrum.**

Die DKP Göttingen hat eine provisorische Internetseite:
dkpgoettingende.wordpress.com
und eine Facebook-Seite:
fb.com/DKPGoettingen

und Land für den Wohnungsbau, ohne sich erwähnen, dass ihre Partei da mit regiert. Aber die SPD auf Schulzniveau will lieber in die Rüstung investieren und Reiche von den drückenden Steuern entlasten.

Das DKP-Sofortprogramm sieht eine Millionärssteuer von 2% vor, die 48 Mrd Euro in die Kassen spülen soll, und will die Rüstungsvorhaben der Bundeswehr streichen (Ersparnis 9 Mrd./Jahr). Damit sollen bundesweit eine Million neue Sozialwohnungen gebaut werden, auch und nicht zuletzt, um die zu uns kommenden Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen. Schon jetzt sofort muss aber die Siekhöhe geschlossen werden, um diese Qual für die lernenden und arbeitenden Menschen zu beseitigen. Das geht nicht über Betteln und nicht durch das Aufstellen von Forderungskatalogen, dafür muss gekämpft werden!

(TL)



GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Aus dem Ortsrat Grone:

▶ Wir wollen nicht im Regen stehen

Einstimmig wurde die Anregung von Hendrik Falkenberg, Göttinger Linke, im Ortsrat angenommen, die Bushaltestellen in Grone, die noch keine Überdachung haben, entsprechend nachzurüsten.

Der kurze Versuch von Bernd Grunewald (SPD), diesen Antrag mit der Begründung zu zerreden, dass man zw. Aussteige- und Einsteige-Haltestellen unterscheiden müsse, machte der Einwand seiner Faktionskollegin zunichte, dass ein Ausstieg mit Kinderwagen inmitten eines Regenschauers auch kein Vergnügen ist.

Nun gilt es zu verfolgen, was der Rat der Stadt mit dieser Anregung anfängt und ob die Groner Ratsmitglieder von CDU und SPD dort ebenfalls positiv entscheiden werden.

Neue Nachbarn im Stadtteil

Gobian, der Runde Tisch und die Göttinger Linke hatten seit rd. zwei Jahren den absichtlichen Leerstand kritisiert und darauf hingewiesen, dass bezahlbarer Wohnraum dringend benötigt wird. Eine Anfrage vor dem Hintergrund, hat ergeben:

36 Wohnungen (von 50, die die Stadt vertraglich vereinbart hat) wurden jetzt be-

zogen und 76 Menschen haben ein neues Zuhause gefunden, darunter Geflüchtete aber auch andere Menschen mit schlechten Chancen auf dem Wohnungsmarkt.

Der Antrag von Hendrik Falkenberg, Göttinger Linke, im Wortlaut:

Der Ortsrat Grone möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird gebeten anzuregen, (...) Haltestellen der Buslinien (...) (in Grone) der Göttinger Verkehrsbetriebe mit Wetterschutz auszustatten.

Begründung: Es wurde im Stadtteil Grone ... beobachtet, dass die ... Bushaltestellen verstärkt von Fahrgästen genutzt werden. Daher ist ein ausreichender Wetterschutz notwendig.

Die Maßnahme ist kostengünstig realisierbar, weil es an einigen Stellen ausreichen würde, sogenannte „Behelfshäuschen“ (wie ... bei Verlegung von Haltestellen aufgrund von Bauarbeiten) aufzustellen. ...

Um eine schnelle Umsetzung des Wetterschutzes zu erreichen, muss dieser nicht unbedingt den Vorgaben (schräger statt rechteckiger Werbefläche) der Werbetreibenden entsprechen oder wenn gewünscht von diesen finanziert werden.

Durch die verlängerte Streckenführung der Buslinien, neu erschlossene Gewerbegebiete, die Flüchtlingsunterkunft und in Planung befindliche Wohngebiete ist es notwendig, einen ausreichenden Wetterschutz an den genannten Haltestellen zu gewährleisten.

Ohne den Druck aus dem Stadtteil würden diese heute noch leer stehen.

An diesem Beispiel zeigt sich nur zu gut, dass Wohnraum nicht in die Hände eines Wohnungsmarktes gehört, der allein Profitinteressen folgt, wie die Westgrund beweist.

Nur noch 47 Sozialwohnungen in Grone

In Beantwortung einer zweiten Anfrage zum Thema Wohnen konnte man erfahren wir, dass es heute in Grone gerade noch

47 Wohnungen mit Sozialbindung gibt, die jedoch alle zum Ende des Jahres aus dieser Bindung herausfallen. Wahrscheinliche Konsequenz: Mieterhöhungen. Gleichzeitig hat Grone seit dem Jahr 2000 bereits mehr als 2000 Sozialwohnung „verloren“.

Die Stadt Göttingen plant zwar, 5000 neue Wohnungen im Stadtgebiet zu bauen, davon 30% mit Sozialbindung, aber dies sind bislang nur Planungen und die Finanzierung steht in den Sternen.

Die Siekhöhe war eine Alternative zu Zelten oder Turnhallen

In der Bürgerfragestunde gab es die Frage, wie der Ortsrat zu dem umstrittenen Standort Siekhöhe als Flüchtlingsunterkunft steht.

Die Ortsbürgermeisterin, Frau Sterr, stellte dankenswerterweise noch

einmal dar, dass es eine Zustimmung des Gremiums zu dieser Halle gab, um zu verhindern, dass Geflüchtete in Zelten oder Turnhallen untergebracht werden müssen, es aber nie eine „Begeisterung“ zu diesem Standort gab.

Hervorgehoben wurde in diesem Zusammenhang noch einmal das hohe ehrenamtliche und hauptamtliche Engagement an diesem Standort.

(hf/gS)

GROBIAN gratuliert ...

... dem Nachbarschaftszentrum zum 10.-jährigen Bestehen

So viele Jahre steht der Neubau nun in der Deisterstr. 10 und hat einen festen Platz im Stadtteil erhalten. Und seit nunmehr 20 Jahren wirkt eine aktive Stadtteilarbeit in Grone-Süd.

Wurden im Sanierungsprogramm „Soziale Stadt“ verweigert Geld in

Baumaßnahmen gesteckt/investiert, so haben wir mit dem NBZ einen Treffpunkt bekommen, der direkt den Menschen ein Angebot macht.

Gern kommen wir – als allererste NutzerInnen des Stadtteilzentrums – zur Geburtstagsfeier am 9. Juni.

(...) Forts. von Seite 3

Das Programm unterrichtet auch Kinder darin, Gemüse, Kräuter und Obst zu pflanzen und zu ernten.

Landwirtschaftliche Produktion hat oberste Priorität im nationalen Bemühen, das ökonomische und produktive System [des Landes] zu modernisieren. Das Ziel ist es, bis zu 60 Prozent der landesweit benötigten Lebensmittel selbst zu erzeugen.

Laut Auskunft von Regierungsbeamten gibt Kuba gegenwärtig etwa 2 Milliarden \$ pro Jahr für den Import von Lebensmitteln aus.

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Aufstellungsversammlungen für Direktkandidaten für den Wahlkreis 16 Göttingen/Münden und (getrennt, nacheinander) für den Wahlkreis 15 Duderstadt zur Landtagswahl 2018

am **Dienstag, 20. Juni 2017, 19.00 Uhr**
bei **Arbeit und Leben, Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen**

Jeweilige Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Feststellung der Stimmberechtigung der Versammlungsteilnehmer.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
3. Beschluss der Tagesordnung
4. Wahl einer Versammlungsleitung
5. Wahl einer Schriftführerin / eines Schriftführers
6. Wahl einer Wahlkommission
7. Bestimmung von 2 Versammlungsteilnehmer*innen zur Mitunterzeichnung der Niederschrift und der erforderlichen Versicherung an Eides statt
8. Wahl von 2 Vertrauensleuten für den Wahlvorschlag
9. Vorstellung der Kandidat*innen
(Fragen an die und Antworten der Kandidat*innen)
10. Wahl der Kandidatin/ des Kandidaten
11. Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Der **Wahlkreis 15** umfasst vom Landkreis Göttingen die Stadt Duderstadt; die Gemeinden Friedland, Gleichen, Rosdorf; die Samtgemeinden Gieboldehausen, Radolfshausen.

Der **Wahlkreis 16** umfasst vom Landkreis Göttingen die Stadt Hann. Münden; die Gemeinden Adelebsen, Bovenden, Staufenberg; die Samtgemeinde Dransfeld; die Stadt Göttingen mit den Stadtteilen Elliehausen, Esebeck, Grone, Groß Ellershausen, Hetjershausen, Holtensen, Knutbühren, Weststadt.

Anschließend Kreismitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
2. Beschluss der Tagesordnung, Protokoll, Moderation/Sitzungsleitung
3. Wahlkampf 2017/18 – Stand der Planung, Verknüpfung der Wahlkämpfe, Organisation eines Wahlkampfteams.
4. Ergebnisse LPT + LVV vom 20. – 21. Mai - Aktuelle Informationen aus dem Landesverband
5. Berichte aus der Kommunalpolitik und den Ortsverbänden
6. Anträge
7. Termine
8. Verschiedenes

Aufstellungsversammlung zur Nominierung Direktkandidat*in für den Wahlkreis 12 Göttingen/Harz zur Landtagswahl 2018

am **Mittwoch, 14. Juni 2017, 19 Uhr.**
Beim **Alevitischen Kulturverein, Hauptstr. 6, 37412 Herzberg.**

Tagesordnung gleich wie für Wahlkreise 15 und 16 (siehe oben).

Der **Wahlkreis 12** umfasst vom Landkreis Göttingen die Städte Bad Lauterberg im Harz, Bad Sachsa, Herzberg am Harz, Osterode am Harz, die Gemeinden Bad Grund (Harz), Walkenried, die Samtgemeinde Hattorf am Harz, das gemeindefreie Gebiet Harz (Landkreis Göttingen).

Anschließend Mitgliederversammlung des OV Kreis Osterode

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Mittwoch, 14. Juni, 19 Uhr. Rote-Hilfe-Saal, Lange-Geismar-Str. 3,
Thematischer Schwerpunkt noch nicht benannt. Achtet auf Ankündigungen!

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 14. Juni, 18 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

Weitere Termine auf Seite 9

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: (0551) 49 56 66 80
kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Linksjugend [;solid]:

Ansprechpartnerin: Katja Sonntag
Katja.Sonntag@dielinke-goettingen.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow
Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Kreis Osterode

Ilays Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386
edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973
oder 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Göttingen
IBAN: DE39 2609 0050 3401 5108 00
BIC: GENODEF1GOE

DIE LINKE. **Kreistagsinfo** aktuell

Nr. 4 - April 2017

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Auch im April konnte unsere Gruppe der Kreistagssitzung wieder ihren Stempel aufdrücken und durch ihre Anträge Alternativen zum Brei der neoliberalen Konkurrenz aufzeigen. Deren Ideenarmut zu durchbrechen gestaltet sich allerdings nicht einfach, da nach wie vor die schwäbische Hausfrau regiert und eisernen Gestaltungsunwillen einfordert.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
 Kreishaus, Zi. 66
 Reinhäuser Landstr. 4
 37083 Göttingen
 Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
 dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 5 – IGS des Bistums Hildesheim St.-Ursula-Schule Duderstadt

Um die derzeit noch kirchliche IGS in Duderstadt vor der Schließung zu bewahren, scheint als einzige Möglichkeit eine Übernahme durch den Landkreis Göttingen in Betracht zu kommen. Der Landrat versteckte sich in seiner Stellungnahme allerdings hinter formaljuristische Einlassungen und zeigte nicht die geringste Bereitschaft, sich für den Erhalt der Schule einzusetzen.

Eckhard Fascher wies in seiner Rede denn auch darauf hin, dass der Landrat den Eindruck erweckt, außerhalb der Stadt Göttingen überhaupt keine Gesamtschulen einrichten zu wollen, obgleich es im Falle der IGS in Duderstadt genügend Zeit gebe, die IGS neu zu errichten. Darüber hinaus hätte die Schule wohl jetzt schon genügend Schüler, wenn sie sich nicht in kirchlicher Trägerschaft befände.

Nicht zuletzt muss für den Besuch dieser Schule derzeit auch noch Schulgeld gezahlt werden, worauf Maria Gerl-Plein von den Grünen hinwies.

Zwar ging es in unserem Antrag zunächst nur darum, mit der Kirche in Verhandlungen einzutreten, dennoch wurde von den Mehrheitsfraktionen – einschließlich CDU – nicht einmal diese Minimalforderung mitgetragen.

SPD-Fraktionschef Dierkes verdrehte gar sämtliche Sachargumente ins Absurde.

Allein die FDP zeigte sich offen. Ihrer Meinung nach sollte die Situation genutzt werden, die Schullandschaft im Raum Duderstadt neu zu gestalten. Dank der Kreisfusion gebe es auch ein neues Einzugsgebiet.

Ein Antrag der Mehrheitsgruppe, der nun beraten wird, sieht vor, zur Weiterentwicklung der Schullandschaft in der zweiten Jahreshälfte eine Elternbefragung durchzuführen, um auf dieser Grundlage einen Schulentwicklungsplan zu erarbeiten. Eine solche Planung wäre endlich mal notwendig, gleichwohl wird dies der IGS in Duderstadt nichts mehr nützen.

TOP 8 – Das AKW Grohnde abschalten!

Der Termin für die Kreistagssitzung wurde passend gewählt: Auf den Tag genau vor 31 Jahren kam es in Tschernobyl zum GAU. Für uns Anlass genug, den Umweltminister des Landes Niedersachsen, Stefan Wenzel, als zuständige Atomaufsichtsbehörde und das Bundesumweltministerium als weisungsbefugte Behörde aufzufordern, die unwiderrufliche Stilllegung des AKW Grohnde zu veranlassen.

Im alternden AKW Grohnde sind immer mehr Störfälle, Baumängel und Pannen zu verzeichnen. Zudem sind für einen möglichen atomaren Ernstfall keine hinreichenden Pläne vorhanden und es käme zu massiven Schäden für Leib und Leben von Menschen in ganz Südniedersachsen.

Die weitere Beratung des Antrages wird zwar zunächst im Fachausschuss weitergeführt, dennoch wurde bereits in der einleitenden Debatte deutlich, dass wir in dieser Angelegenheit bei der Kreistagsmehrheit offene Türen einrennen. SPD-Abgeordneter Mack wies darauf hin, dass das AKW Grohnde viel zu sehr aus dem Fokus geraten sei und der vorliegende Antrag müsse vor dem Hintergrund des Ausstiegs aus dem Ausstieg diskutiert werden.

Grünen-Chef Worbes regte gar an, der Umweltausschuss des Kreistages solle doch eine Fahrt zum AKW Grohnde unternehmen. Eine solche Fahrt habe es früher einmal zum AKW Würgassen gegeben und dieses sei kurz danach abgeschaltet worden.

Vielleicht klappt´s ja auch diesmal.

TOP 9 – Lernort für Erinnerung und Demokratie

Im Landkreis Göttingen gibt es unterschiedliche Orte, an denen an die Zeit des Nationalsozialismus erinnert wird. In der Regel sind es Tafeln, Stolpersteine oder Gedenksteine. Durch die Ausstellung „Zwangsarbeit in Südniedersachsen“ gibt es einen Ort, an dem sich intensiv mit der Entstehung, politischen Ursachen und der Aufarbeitung des Nationalsozialismus nach 1945 auseinander gesetzt werden kann.

Was fehlt, ist ein Ort, an dem die Auseinandersetzung mit aktuellen Entwicklungen stattfindet.

Auf die Einrichtung eines solchen Lernortes zielt unser Antrag ab. An den Berufsbildenden Schulen II, Göttingen, soll ein „Lernort für Erinnerung und Demokratie“ für alle Schulen im Landkreis Göttingen geschaffen werden.

Die Verwaltung soll beauftragt werden, ein entsprechendes Konzept zu erstellen.

TOP 11 – Einladung des Polizeipräsidenten in den Kreistag

Was es mit dem selbsternannten „Freundeskreis Thüringen-Niedersachsen“ auf sich hat, muss hier wohl nicht mehr erläutert werden. Demgegenüber bedarf die Polizeistrategie gegenüber diesem Volk sehr wohl einer Erklärung, da nicht alles so ganz nachvollziehbar ist, was in diesem Zusammenhang seit einiger Zeit zu beobachten war. Das Eingreifen – oder besser das Nicht-Eingreifen – der Polizei in einigen brenzligen Situationen schreit laut nach Aufklärung und zukünftig mehr Transparenz in Bezug auf polizeiliches Auftreten.

Der Polizeipräsident Lührig selbst äußerte gegenüber unserem Gruppenmitglied Mohan Ramaswamy sogar seine Bereitschaft, im Kreistag Rede und Antwort zu stehen. Wenn es Probleme gebe, sei er bereit, sich der Kritik zu stellen.

Mehrheitsparteien und CDU wollen aber nicht mit dem Polizeipräsidenten reden. Unser Vorschlag einer Einladung wurde als „Vorladung“ diskreditiert und mehrheitlich abgelehnt.

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

Dokumentation DIE LINKE NRW zur Landtagswahl Presseerklärung vom 15. MAI 2017

von Sascha H. Wagner, Landesgeschäftsführer DIE LINKE. NRW

▶ LINKE: Wahlergebnis ist Ansporn

Zu den Ergebnissen der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen erklärt, Sascha H. Wagner, Landesgeschäftsführer der NRW-LINKEN und deren Wahlkampfleiter:

„DIE LINKE hat Ihr Wahlziel, wieder in den Landtag von NRW einzuziehen, verfehlt. Daran gibt es nichts herumzudeuteln. Am Ende hat es nicht gereicht. Ein Grund dafür ist sicherlich auch, dass Bündnis 90/ Die Grünen und SPD das Ziel ausgegeben hatten, DIE LINKE aus dem Landtag halten zu wollen. Anstatt gegen die erstarkenden Rechten zu kämpfen, stand der Feind für SPD und Grüne links.

Eine SPD, der es genügt, die politischen Mitbewerber von links aus dem Landtag herauszuhalten, ist alles, aber nicht bereit,

ernsthaft ein Land zu gestalten. So haben die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen am Ende mit ihrem falschen Fokus das Geschäft der Konkurrenz von Mitte-Rechts betrieben. Auch die Kandidatur anderer Parteien aus dem linken Spektrum hat unsere Ausgangslage nicht vereinfacht.

Während wir in Großstädten überdurchschnittliche Erfolge erzielt haben, haben wir in der Fläche deutliche Defizite. Daran werden wir künftig arbeiten müssen. In den Kommunen jedoch ist DIE LINKE weiterhin stark verankert“, so Wagner.

„Trotz alledem ist es uns gelungen, unser Wahlergebnis von 2012 zu verdoppeln. Zugleich sind wir jedoch gezwungen, eigene Fehlerquellen auszumachen und sehen

IHR habt STÄRKE gezeigt!
Leider hat es nicht gereicht.

DIE LINKE.

danke an dieser Stelle den
Wählerinnen und Wählern
sowie den
Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern

uns dennoch in der Pflicht, denjenigen Menschen weiter Gehör zu verschaffen, die uns ihr Vertrauen geschenkt haben. Für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist das NRW-Wahlergebnis unterdessen ein Desaster. Ihnen drohen nun noch mehr soziale Ungerechtigkeit und eine rückwärtsgewandte Bildungspolitik.

Besonders freuen wir uns hingegen über die vielen Menschen, die während des Wahlkampfes in unsere Partei eingetreten sind. Unser Dank gilt außerdem unseren Wählerinnen und Wählern. Wir verstehen unser Wahlergebnis als Ansporn für den Bundestagswahlkampf und werden in Sachen Wahlkampf nun erst recht noch eine Schippe drauflegen. Wir werden keinen Koalitionswahlkampf führen, sondern für eine starke LINKE kämpfen“, so Wagner weiter.

▶ Anmerkungen zu den Landtagswahlen in NRW und Schleswig-Holstein

Betrachtet man sich die SPD bei den Wahlen, ist es schon bemerkenswert, was da passiert ist: Den Umfragewerten bei infratest dimap zufolge steigerte sich die SPD nach der Nominierung ihres neuen „Hoffnungsträgers“ Martin Schulz im Bund von 20% zu Beginn des Jahres auf 32% am 23. Februar. Dort verharrte sie bis April, um jetzt im Mai auf immerhin noch 27% abzusinken. Ähnlich sahen es andere Institute. (www.wahlrecht.de) Dann werden von der SPD drei Landtagswahlen in Folge verloren, bei zwei davon verloren SPD-Ministerpräsidenten gegen relativ unbekannte CDU-Spitzenkandidaten ihr Amt. Zu Gabriels Zeiten wurden immerhin noch Landtagswahlen, vor allem mit SPD-Ministerpräsidenten, gewonnen.

Kann man das Schulz-Hoch mit Neueintritten und das schnelle Einbrechen der SPD verbunden mit dem Erfolg der CDU befriedigend erklären? Eigentlich nicht, außer wenn man akzeptiert, dass etliche Wählerinnen und Wähler offenbar extrem verunsichert und schwankend in ihrem Wahlverhalten sind, zumal von wirklichen inhaltlichen Auseinandersetzungen nicht viel zu spüren ist. Für die Bundestagswahl

und die niedersächsische Landtagswahl, die in vier bzw. acht Monaten stattfinden, bedeutet dies, dass sich faktisch aus den letzten Landtagswahlergebnissen keine wirklich belastbaren Aussagen schlussfolgern lassen. Mit Ausnahme von folgenden: Für die Bundestagswahl erscheint es wahrscheinlich, dass es bei der großen Koalition bleiben wird und allenfalls die so genannte Jamaika-Koalition noch möglich sein könnte.

So ärgerlich für DIE LINKE das knappe Ergebnis in NRW auch ist, in beiden Ländern lässt sich ein deutlicher Aufwärtstrend beobachten. Auch sind die Ergebnisse in den Großstädten deutlich besser. So erreichte DIE LINKE in zwei Kölner Wahlbezirken und im Bezirk Bielefeld I sogar zweistellige Prozentzahlen. In Großstädten wie Düsseldorf, Duisburg, Essen, Aachen, Wuppertal und Münster Resultate zwischen

sechs bis 8,7%. (Zusammenstellung aus: JW vom 16.05.2017, S.3) Auch in Schleswig-Holstein kommt DIE LINKE in Kiel, Lübeck und Flensburg auf über fünf Prozent.

Betrachten wir uns die Entwicklung mal etwas genauer (s. Tabelle unten):

Auffallend ist dabei vor allem, dass der Anteil unter den erwerbslosen Wählern in Nordrhein-Westfalen nicht zugenommen hat und deutlich unter dem Niveau von 2010 liegt. Nicht nur SPD und CDU überflügeln hier deutlich DIE LINKE, auch die AfD schneidet mit 12% überdurchschnittlich ab. Hier ist wohl erhebliche Aufklärungsarbeit notwendig.

Erfreulicher sieht es hingegen mittlerweile bei den Jungwählern (bis 24 Jahre) aus. Diese wählen mittlerweile überdurchschnittlich DIE LINKE, was für die Zukunft

(Zahlen aus: wahl.tagesschau.de)

	Mai 2017	Mai 2012	Mai 2010 SH: Sept. 2009
Schleswig-Holstein	3,5% 51.049	2,4% 32.090	6,0% 95.764
NRW	4,9% 414.496	2,5% 194.428	5,6% 435.627
dar. Erwerbslose	10%	10%	15%
dar. Arbeiter	8%	5%	11%
dar. Jungwähler	7%	4%	6%

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

► Solidaritätsaktion für Feleknas Uca

Am 25.4.2017 wurde die HDP-Abgeordnete Feleknas Uca in der Türkei verhaftet. Die 1976 in Celle geborene yezidische Kurdin war als Mitglied der PDS bzw. von DIE LINKE Niedersachsen von 1999 bis 2009 Europaabgeordnete. Als solche war sie Mitglied im Entwicklungsausschuss, Stellvertreterin für den Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter, Stellvertreterin im Unterausschuss und Mitglied der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei.

Nach 2009 hat sie sich dann mit ihrer Stiftung für Frauenrechte insbesondere gegen Genitalverstümmelung engagiert.

Im Juni 2015 wurde Felek dann für die HDP im Wahlkreis Diyarebakir in das türkische Parlament gewählt. Immer wieder hatte sie darauf aufmerksam gemacht, dass sich in der Türkei Erdogans schon dem Terrorverdacht ausgesetzt sieht, wer sich öffentlich für die Rechte der Kurdinnen und Kurden einsetzt.

Zwischenzeitlich wurde zwar Felek wieder frei gelassen, der Prozess soll aber

im Herbst stattfinden. Ihr wird der Vorwurf „Propaganda für eine Terrororganisation“ betreiben zu haben, gemacht. Hierbei wird es sich um einen politischen Prozess handeln bei den Fakten keine Rolle spielen. Ihr drohen bis zu 15 Jahre Haft.

Beim Ratschlag des Landesverbandes unserer Partei für ein Landtagswahlprogramm am 29.04.2017 wurde eine Solidaritätserklärung verabschiedet, die unter anderem von ihrer Schwester Behiye Uca, die Ratsfrau der LINKEN in Celle ist, eingebracht wurde. Hier heißt es unter anderem:

„Feleknas, der wir als niedersächsische LINKE sehr verbunden sind, gilt unsere Solidarität! Wir bewundern ihren Mut, in der Türkei geblieben zu sein und dort weiter für Freiheit und Frieden zu kämpfen, wohl wissend, dass täglich die Inhaftierung bevorstand.“

Die türkische Regierung unter Erdogan tritt nicht nur Menschenrechte, Meinungs- und Pressefreiheit mit Füßen, sie forciert eine Abschaffung der Demokratie, die mit dem

Präsidialsystem noch untermauert wird. Sie führt auch einen Bürgerkrieg in den vorwiegend von Kurd*innen bewohnten Gebieten. Es wird eine Diktatur installiert. Die Opposition soll zerschlagen werden. Willkürliche Verhaftungen, Absetzung gewählter kommunaler Vertreter, Zwangsverwaltung von Kommunen, Schließen von Medienanstalten, wenn sie kritisch berichten, Massenentlassungen, Verhaftungen sind an der Tagesordnung. Das sind ungeheure Vorgänge und das Schweigen der deutschen Regierung und der Öffentlichkeit ist unfassbar.

Unserer Solidarität können sich alle Genossinnen und Genossen der HDP und der DBP gewiss sein! Wir achten und bewundern, sich sehenden Auges der Entwicklung von Willkürherrschaft und Diktatur entgegenstellen. Wir fordern Freiheit für alle politischen Gefangenen, Journalist*innen und Akademiker*innen und ein Ende der Gewalt in den kurdischen Gebieten! Wir rufen dazu auf, sich weiter an zahlreichen Solidaritäts-Kundgebungen und anderen Aktivitäten zu beteiligen! Wir erwarten aber auch endlich klare Aussagen der Bundesregierung und eine Beendigung des unsäglichen Flüchtlingsdeals mit der Türkei.“

Unser Kreisverband hat sich dieser Erklärung ausdrücklich angeschlossen.

► Kreisverband nominiert Eckhard Fascher als Kandidaten zur Landtagswahl

Bei der Wahlversammlung für den Wahlkreis 17 Göttingen zur Landtagswahl wurde am 4. Mai der langjährige Fraktionsvorsitzende im Kreistag Eckhard Fascher zum Direktkandidaten gewählt. Die anschließende Kreismitgliederversammlung empfahl die Kandidatur des 55jährigen Sozialwissenschaftlers für einen aussichtsreichen Listenplatz. Die Landesliste der LINKEN ist am 20. und 21. Mai in Braunschweig aufgestellt worden.

Die Kandidat*innen folgender übriger Wahlkreise sollen am 20. Juni gewählt werden:

- 12 Göttingen-Harz bestehend aus dem Altkreis Osterode
- 15 Duderstadt, der aus Rosdorf, Friedland, Gleichen und den Eichsfeldgemeinden besteht,
- 16 Göttingen-Münden, der das westliche Drittel der Stadt Göttingen (grob westlich der Leine) und die Gemeinden im westlichen Landkreis von Bovenden und Adelebsen bis Staufenberg umfasst

Als Schwerpunktthemen benannte Eckhard Fascher in einer ersten Presseerklärung folgende Themen:

► Die Durchsetzung der Integrierten Gesamtschule als Regelschule. Zwar ist die Gründung von Integrierten Gesamtschulen in dieser Legislaturperiode erleichtert worden, aber immer noch sind Gesamtschulen den übrigen Schulformen nicht gleich gestellt. Ziel hingegen ist eine Gesamtschule für jedes Kind in erreichbarer Nähe sein.

► Eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen nach skandinavischem Vorbild. In Dänemark und Schweden wird der größte Teil der öffentlichen Ausgaben durch die Kommunen getätigt, die Ansprechpartner für die Daseinsvorsorge sind. Hier hingegen sind wesentliche Teile der Daseinsvorsorge wie bei der Gesundheit oder der Abfallwirtschaft privatisiert.

► Ein Klimaschutzprogramm. Hier können durchaus die Göttinger Klimaziele, die bis zum Jahre 2040 Klimaneutralität vorsehen als Vorbild dienen.

► Die Durchsetzung eines besseren und kostengünstigeren ÖPNV. Dies bedeutet einen massiven Ausbau des ÖPNV insbesondere auch im ländlichen Raum. Langfristiges Ziel ist ein entgeltfreier ÖPNV. Die Menschen müssen motiviert werden vom Auto auf Busse oder Bahn umzusteigen.

Fortsetzung Termine von Seite 6

OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Mittwoch, 14. Juni, 19.30 Uhr in der Gaststätte Zum Krug, Mühlengrund 23, Rosdorf

Veranstaltung RSC Göttingen: Buchvorstellung mit Autor Manfred Sohn: Falsche Feinde. Was tun gegen die AfD? Ein alternativer Ratgeber

am Dienstag 13.06.2017, 19.30 Uhr im Apex, Burgstraße 46, 37073 Göttingen

Die Veranstaltung wird sich anhand des neuesten Buches von Manfred Sohn mit den Wurzeln, der Programmatik und den Netzwerken der AfD in Deutschland und anderen Ländern beschäftigen.

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Achtung, neuer e-Mail-Kontakt:
sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

► Abschiebungen in Göttingen –

Rechtsexpertin Claire Deery informierte den kommunalpolitischen Arbeitskreis

Wie aus der Antwort auf die Anfrage der Ratsfraktion der Göttinger Linken im April bekannt wurde, halten sich die Zahlen der Abschiebungen von Geflüchteten in Grenzen: 2016 wurden insgesamt 18, im 1. Quartal d.J. „nur“ 10 Personen abgeschoben. (Herkunfts- und Zielstaaten: Ausgabe 5/17 Göttinger Blätter)

Natürlich ist jede zwangsweise Beendigung des Aufenthaltes eine persönliche Katastrophe für die Betroffenen und es stellt sich die Frage, wie jede einzelne zu verhindern ist.

Um darauf Antworten zu finden, hatte die Göttinger Linke Claire Deery als sehr engagierte und erfahrene Rechtsanwältin eingeladen.

Zunächst klärte sie darüber auf, dass durch die letzten Gesetzesänderungen die Geflüchteten mit sogenannter schlechter Bleibeperspektive, die also insbesondere von Abschiebung betroffen sind, gar nicht mehr nach Göttingen kommen, sondern im niedersächsischen Erstaufnahmelager Bad Fallingbommel (oder dann Bramsche und Braunschweig) ohne jegliche Chance auf Integration verbleiben müssen. Dabei handelt es sich vorwiegend um Menschen aus dem Westbalkan, sprich Roma, die auch in ihren Heimatländern meist am äußersten Rand der Gesellschaft leben.

In der Erstaufnahme werden die Geflüchteten also in Gruppen aufgeteilt. Neben den o.g. gibt es noch diejenigen mit „guter Bleibeperspektive“, zu denen momentan Menschen aus Iran, Irak, Syrien, Eritrea und Somalia gehören. Eine 3. Gruppe nannte Claire Deery die sogenannten schwierigen Fälle, als Beispiel Menschen aus Afghanistan, Westafrika, aktuell auch Türkei. Es ist immerhin auch für das Bundesamt für Flüchtlinge und Migration (BAMF), das über die Asylanträge in erster Instanz entscheidet, vorstellbar, dass diese Nationalitäten im Einzelfall Anspruch auf Schutz haben können. Allerdings gilt dies nicht für Geflüchtete, die laut Dublin-III-Regelung in das europäische Land ihrer Erstaufnahme zurück geschickt werden können.

Die Geflüchteten mit schwieriger Bleibeperspektive und die Dublin-Fälle werden neuerdings rasant schnell angehört

vom BAMF, erhalten in den allermeisten Fällen eine Ablehnung und sind dann akut von Abschiebung - auch in Göttingen - bedroht. Die Behörden haben 6 Monate Zeit für diese brutale Form der Aufenthaltsbeendigung, vor der die Betroffenen jeden Tag und vor allem nachts Angst haben müssen. Denn Abschiebungen müssen nicht mehr angekündigt werden, was neben dem Dauerstress für die Geflüchteten auch dazu führt, dass Protestaktionen von UnterstützerInnen kaum mehr möglich sind.

Was also kann noch getan werden? Vorweg ist zu wissen, dass die Abschiebungen nicht von der hiesigen Ausländerbehörde durchgeführt werden, sondern von MitarbeiterInnen der Landesaufnahmebehörde. Claire Deery berichtete von Fällen, wo Abschiebungen mit ihrer Hilfe als Rechtsbeistand abgewendet werden konnten, wenn die Betroffenen aufgrund von Erkrankungen nicht reisefähig waren. Dies gelang sogar in buchstäblich letzter Minute, wo die Beamten angesichts eines ärztlichen Attestes und eines offensichtlich akut erkrankten Mannes noch ein Einsehen hatten und die Abschiebung abbrachen.

(...) Fortsetzung auf Seite 12

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dietmar Reitemeyer,
Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,
Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)
Rolf Ralle
Edgar Schu

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**Mittwoch, 21. Juni, 19 Uhr
Neues Rathaus, Raum 1118**

Thema: Kosten- und Leistungsrechnung
im Krankenhaus.
Referentin: Antje-Britta Mörstedt
siehe auch untenstehende Ankündigung
Referentin: Claire Deery)

Vortrag:

► Kosten- und Leistungsrechnung im Krankenhaus.

Frau Prof. Antje-Britta Mörstedt ist seit März 2015 Vizepräsidentin der Privaten Hochschule Göttingen für Fernstudium und Digitalisierung.

Sie studierte von 1987-1992 BWL an der Georg-August-Uni Göttingen mit den Studienschwerpunkten Organisation und Leitung, Industriebetriebslehre, Arbeitsrecht, Produktion und Volkswirtschaftslehre. 2008 wurde sie auf die Professur Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Organisation und Blended Learning berufen.

Seit Oktober 97 war sie als freiberufliche Mitarbeiterin bei der Unternehmensberatung Uniconsult GmbH, Göttingen tätig.

Sie wird am **21. Juni 2017 um 19.00 Uhr im beim kommunalpol. Arbeitskreis** einen Vortrag (ca. 2 Stunden) über Krankenhausfinanzierung, Kosten- u. Leistungsrechnung im Krankenhaus, Ökonomisches Prinzip, Produktivität, Rentabilität usw. halten.

Es wird das Prinzip der Dualen Finanzierung der Krankenhäuser erläutert und die daraus entstehenden Probleme, Stichwörter: Überlastung der Sozialsysteme, Pflegenotstand, Investitionsstau.

Frau Prof. Mörstedt erklärt komplizierte Bilanz-Gewinn und Verlustrechnungen auf verständliche Art und Weise.

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke
 im Rat der Stadt Göttingen

Ratsinfo



Die Ratssitzung am 12. Mai brach alle Rekorde was den Zeitrahmen angeht, um 22:30 Uhr fiel der Hammer. Geschlagene 1,5 Std. wurde über die Stadthalle beraten und dann deren Sanierung für 19,5 Mio. € beschlossen, wobei heute schon klar ist, dass dieser Preis nicht gehalten wird. Wir werden jetzt mit darüber wachen, dass der Kostenrahmen nicht weiter gesprengt wird und dann die vielen kleineren Kulturinitiativen die Rechnung bezahlen müssen.

Beharrlich werden wir uns für bezahlbaren Wohnraum stark machen und konkrete Vorschläge einbringen. Dazu gehört ein Veräußerungsverbot von städtischen Immobilien, eine 30 besser 50%ige Sozialbindung bei größeren Neubauten wie z.B. auf dem Huhtamaki oder ehemaligen Sartorius-Gelände, Unterstützung der studentischen Wohnrauminitiative und Ausschöpfung aller Möglichkeiten gegen Wohnungsleerstand. Auch kritisieren wir die Initiativen der Verwaltung den Wohnungsmarkt in die Hände von Investoren – an deren Ende fast immer Hedge-Fonds sitzen (siehe Gothaer-Gelände) – zu übertragen. Unser Antrag bei dieser Ratssitzung

Kein weiterer Verkauf von städtischen Häusern und Grundstücken an Private und Investoren.

Städtische Gebäude und Grundstücke, die sich für Wohnzwecke bzw. zur Bebauung mit Wohnhäusern eignen werden nicht mehr an private Käufer und Investoren veräußert. Sollte eine direkte eigene Nutzung durch die Stadt nicht möglich oder sinnvoll sein, so soll ein Verkauf nur noch an eine der drei Göttinger Wohnungsbaugesellschaften erfolgen.

Erst vor wenigen Wochen wurde auf Antrag der Ratsfraktion der Göttinger Linken die Zielformulierung, dass zur Konsolidierung des Haushaltes städtische Immobilien verkauft werden sollen, einvernehmlich gestrichen. Leider zeigt sich nun am Beispiel des Fridtjof-Nansen-Haus, dass dennoch mit der aus unserer Sicht kurzfristigen und auf längere Sicht gesehen auch wirtschaftlich unsinnigen Praxis des Verkaufs öffentlichen Eigentums fortgefahren werden soll. Das Beispiel der ehemaligen Voigt-schule, die eigentlich schon durch Mehrheitsbeschluss des Rates verkauft war und die nur wegen übertriebener zusätzlicher Forderungen des schon festgelegten Käufers scheiterte und die wir zwischenzeitlich nun selbst dringend benötigen und nutzen, ist doch Beleg genug dafür, um uns zum Umdenken zu bewegen. Die Gebäude und das riesige Grundstück des ehemaligen in öffentlicher Hand befindlichen IWF ist ein weiteres mahnendes Beispiel. Heute zahlen wir das an Mietkosten in einem Fünfjahres-Zeitraum zur Unterbringung von geflohenen Menschen, was wir seinerzeit als Summe zum Erwerb des gesamten Areals samt Gebäuden hätten zahlen müssen. Alle Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass der Verkauf kommunalen Eigentums im besten Falle kurzfristig und lediglich einmalig die Einkommensseite im Haushalt etwas geschönt, aber keinerlei Problem wirklich gelöst haben. Mittelfristig hat sich dann all zu oft gezeigt, dass der Ausverkauf öffentlichen Eigentums erhebliche Folgekosten nach sich gezogen und eigene Planungs- und Gestaltungsmöglichkeiten deutlich eingeschränkt haben. Lassen Sie uns zukünftig gemeinsam dafür sorgen, das noch vorhandene städtische Eigentum an Immobilien und für Wohnbebauung geeigneten Grundstücken zu bewahren und zum Wohle der Bürger*innen zu nutzen.

Die Elektrifizierung der Mobilität löst nicht die Probleme des massenhaften Individualverkehrs

Fast in jeder Ratssitzung befassen sich 2 Anträge – meist von Grünen oder Sozialdemokraten mit dem Thema e-Bike oder e-Car. Diesmal wurden speziell gesicherte Fahrradboxen für hochpreisige e-Bikes gefordert. Außerdem sollten e-Cars von Parkgebühren befreit werden. Der Blick fürs Ganze ist völlig von Egozentrik verstellt: Mit der Luft wird auch unser Gewissen rein. Total übersehen wird dabei die soziale Komponente: Ist das e-bike eines Grünen Lehrers etwa mehr wert als das 300 €-Rades eines Sozialhilfeempfängers? Vielleicht für eine Versicherung, nicht aber für den, der damit morgens zur Arbeit kommen muss. Und warum sollen Elektro-Autos von Parkgebühren befreit sein? Weil die das Budget der armen e-Car Besitzer sprengen? Oder meinen die Antragsteller: viel e- ist viel gut, oder feel good? Die gigantische Ressourcenverschwendung wird von einem Rohstoff auf einen anderen verlagert. Mit der vielgepriesenen Nachhaltigkeit hat das alles nichts zu tun. Wir werden nicht drum herum kommen, den massenhaften Individualverkehr anzugehen, so schmerzlich das auch für einige ist. Die auf uns zurasende Klimakatastrophe wird noch wesentlich schmerzhafter sein – für alle.

Kontakt Daten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon: 0551- 400 2347

[goeLinke-](#)
Ratsfraktion@goettingen.de
[e](#)

Fraktionsmitarbeiter:
 Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
 Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
 Do: 13:00 – 17:00 Uhr

(...) Fortsetzung „Wer oder was ist der „Mittelstand“?“ von Seite 1

Wir wissen jetzt, dass damit Personen gemeint sein können, deren Einkommen durch selbstständige Arbeit sich in der Nähe des Hartz-IV-Niveaus bewegt oder andere mit Tausenden von Beschäftigten, die ein Einkommen von vielen Millionen Euro pro Jahr einstreichen und deren Interessen sich nicht von denen der größten Konzerne unterscheiden.

Durch das Gerede vom Mittelstand werden also Menschen mit niedrigsten Einkommen in Geiselnhaft genommen für diese Interessen. Da klopft der FDP-Politiker dem Kioskbesitzer auf die Schulter und sagt jovial: „Sie gehören doch auch zum Mittelstand!“

Angesichts dieser destruktiven Verwirrung können wir umso mehr froh darüber sein, dass die Partei DIE LINKE in den letzten zwei Jahren ihr Steuerkonzept intensiv überarbeitet hat. Die Steuersätze nehmen deutlich mehr als die aktuelle Gesetzeslage darauf Rücksicht, in welchem Einkommenssegment sich ein Steuerzahler befindet. Es geht bei der Höhe der Einkommensteuer in erster Linie darum, wie hoch das monatliche Einkommen ist. Es wird gegen den Missstand vorge-

gangen, dass die aktuelle Gesetzeslage es erlaubt, das Existenzminimum von Erwerbstätigen zu besteuern: Bis 1.400 Euro brutto pro Monat soll gar keine Lohn- oder Einkommensteuer genommen werden. Das hat weitreichende Folgen: Bis zu einem monatlichen Einkommen von 7.100 Euro, selbst für einen Alleinstehenden, also noch einen gemessenen Schritt über die Mittelschicht im engsten Sinn hinaus, sind Steuersenkungen vorgesehen. Niemand, der gerade sein Auskommen gefunden hat, wird zu sehr zur Kasse gebeten. Niemand wird unnötigerweise zum Kritiker des Sozialstaats gemacht. Erst über diesem Wert fängt es langsam mit Steueremehrforderungen an, damit bei Einkommen über 200.000 Euro pro Jahr sehr deutliche Steigerungen des Steuersatzes resultieren.

Die so vorgesehene Mehrbesteuerung von echtem Reichtum ist dringend notwendig: 180 Mrd. Euro mehr pro Jahr für's Gemeinwohl. Für Krankenhäuser und Altenheime mit genügend und gut bezahltem Personal. Für preiswerte Nutzung von Bus und Bahn, für stark subventionierten kommunalen Wohnungsbau, damit

Mieten bezahlbar werden. Für einen öffentlichen Beschäftigungssektor mit gut bezahlten Arbeitsstellen, wie ihn die Älteren unter uns noch von früher kennen, in den Kommunen, in der Ver- und Entsorgung und vielen weiteren Segmenten der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Ein gewisser Teil des „Mittelstands“, der besser betuchte, wird dabei nicht nur durch höhere Steuern Federn lassen müssen, sondern auch dadurch, dass wichtige Geschäftsmodelle wegfallen: Weniger Wildwest mit Wohnungsspekulationen, weniger „atypische Beschäftigung“, sprich: Leiharbeit und andere moderne Sklaverei, ein Ende der Spekulation durch Privatisierung des Gesundheitswesens und der Pflege im Alter. Der Staat wird nicht mehr auf leere Kassen starren und Schulen, Autobahnen und anderes Volksvermögen den Geiern zum Fraß hinwerfen. Er wird selbst in der Lage sein, diesen von Generationen von Erwerbstätigen erarbeiteten Reichtum verantwortungsvoll und zum Wohle aller kommenden Generationen nutzbar zu machen und zu erhalten. Dafür gilt es zu kämpfen und die Öffentlichkeit aufzuklären.

Edgar Schu

(...) Fortsetzung „Abschiebungen in Göttingen“ von Seite 10

Auch sei es das Allerwichtigste, Geflüchtete schnell den Zugang zu rechtlichen Informationen zu ermöglichen.

Auf die Frage nach dem Ermessen der hiesigen Ausländerbehörde kam eine überraschend positive Antwort: Wo es Ermessensspielräume gäbe, wäre es möglich, beispielsweise Integrationsvereinbarungen abzuschließen. Bei gutem Gelingen sei dann eine Verfestigung des Aufenthaltes zu erreichen.

Allerdings ist auch klar geworden, wie sehr die Einsortierung nach vermeintlich „sicheren“ oder unsicheren Herkunftsländern, die auf Bundesebene geschieht, die Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort einschränkt. Allerdings bleibt immer noch die Möglichkeit – außer in Dublin III –, in Härtefällen die Härtefallkommission

des niedersächsischen Landtages anzurufen, wo Claire Deery ebenfalls Mitglied ist als Vertreterin des niedersächsischen Flüchtlingsrates teilnimmt.

Es gelingt also den wenigsten Geflüchteten aufgrund der Rechtslage, als Asylberechtigte oder anders zu Schützende anerkannt zu werden. Dennoch sieht Claire Deery in manchen Fällen Chancen auf einen Aufenthaltstitel, wenn sich Geflüchtete trotz ihrer sehr unsicheren Situation um Sprachkenntnisse und Arbeit bemühen. Denn drei Monaten nach Einreise wird die Arbeitsaufnahme erlaubt, wenn ein konkretes Arbeitsangebot vorliegt.

Auf die Frage, was wir nun aus kommunalpolitischer Perspektive heraus tun können, gab uns Claire Deery die Antwort, bei konkreten Fällen Öffentlichkeit herzustellen und in den entsprechenden Gremien tätig zu werden. Auch kam die Thematik der langjährig Geduldeten auf, zu der die Ratsfraktion der Göttinger Linken eine Anfrage stellen könnte.

(bs)

